

An die  
Stadtverwaltung Tübingen

Tübingen, 16.11.2022

### **Antrag**

**Die Stadt Tübingen strebt eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine an. Sie nimmt dazu Kontakt auf mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) auf und schließt sich dem deutsch-ukrainischen Städtepartnerschaftsnetzwerk an.**

### **Begründung:**

Seit dem Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 erleben wir eine große Welle der Hilfsbereitschaft für die Ukraine in unserer Stadt wie im ganzen Land. Hilfstransporte wurden organisiert. Viele Tübingerinnen und Tübinger stehen Geflüchteten aus der Ukraine helfend zur Seite. Die Stadtwerke haben einen Bus nach Kiew gespendet. Durch eine Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt – sei es eine Solidaritätspartnerschaft in den aktuellen Krisenzeiten oder – besser noch – eine auf Dauer angelegte, formale Städtepartnerschaft, können sinnvolle Hilfsleistungen einfacher und direkter abgesprochen und erbracht werden. Und es kann ein beiderseitig fruchtbarer Austausch entstehen.

Besser noch formulierten Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Präsident Wolodymyr Selensky am 25. Oktober 2022 gemeinsam die Begründung für diesen Antrag:

"Deutsche und Ukrainer stehen Seite an Seite. Uns verbinden gemeinsame europäische Werte – Freiheit und Demokratie – sowie ein tiefes Gefühl der Solidarität in Zeiten des Krieges, der durch die brutale und rechtswidrige Aggression Russlands gegen die Ukraine ausgelöst wurde.

Kommunale Partnerschaften stehen im Zentrum unserer bilateralen Zusammenarbeit und sind unverzichtbarer Teil eines lebendigen Europas der Zivilgesellschaften, des verantwortungsvollen staatlichen Handelns und der lokalen Demokratie.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben kommunale Partnerschaften dazu beigetragen, das geteilte Europa zu einen und die friedliche Zusammenarbeit zu fördern. Nachdem Russland den Krieg auf den europäischen Kontinent zurückgebracht hat, beweisen kommunale Partnerschaften nun Stärke in neuer Form: Deutsche Städte und Gemeinden haben große Solidarität bewiesen, indem sie Ukrainerinnen und Ukrainer, die vor Russlands brutaler Aggression geflohen sind, aufgenommen haben; Kommunalpartnerschaften ermöglichen zielgerichtete, stabile und rasche Hilfslieferungen und die Versorgung mit

lebensnotwendigen Gütern, sie fördern Erfahrungsaustausch, und sie leisten schon jetzt einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung und zum Wiederaufbau der Ukraine. Als Präsident der Ukraine und als Bundespräsident sind wir dankbar für die zahlreichen bestehenden Kommunalpartnerschaften und rufen weitere Städte und Gemeinden in Deutschland und der Ukraine auf, neue Partnerschaften zu schließen. Kommunale Partnerschaften bieten eine Grundlage für gelebte Solidarität im Angesicht des Krieges; sie legen das Fundament für eine gemeinsame Zukunft, und sie senden ein klares Signal an Moskau: Euer Krieg wird uns nicht spalten – er wird uns noch näher zusammenbringen, als Deutsche, Ukrainer und als Europäer....»

Für die SPD-Fraktion	Dr. Martin Sökler
Für AL/Grüne	Asli Küçük/Annette Schmidt
Für die Tübinger Liste	Ernst Gumrich
Für die CDU	Prof. Dr. Ulrike Ernemann
Für die Linke	Gerlinde Strasdeit
Für die Fraktion	David Hildner
Für die FDP	Dietmar Schöning